Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 271 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 Mk durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark | **Halver** Donnerstag, den 20 November. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile o. d. Raum 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., Reklamezeile 1,25 Mk., Teurungszuschlag 20 Proz. bei Aufnahme in unseren sämtl. Lokalausgaben. Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **20. Jahrgang**

Helfferichs Weitervernehmung im Untersuchungsausschuß.

(Elfter Tag.) Berlin, 14. Nov.

Nach der heutigen Wiedereröffnung der öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, die gestern unterbrochen waren, fuhr der ehemalige Staatssekretär Dr. Helfferich in seinen Darlegungen fort. Er betonte abermals, der U-Boot-Krieg sei kein Glaubenssatz, sondern eine politische Handlung, die sich nach den Verhältnissen zu richten habe. Die Kollektivnote der Entente an Wilson, sagte Helfferich, habe die Friedenstür schallend ins Schloß geworfen. Wilsons Senatsbotschaft hat meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt, auch hat er in der Frage Polen die schlimmsten Bedingungen befürchten lassen. In einem

Telegramm Ludendorffs

vom 20. Dezember an den Reichskanzler heißt es, daß Ludendorff nach seinen Eindrücken an der Westfront zu der Überzeugung gekommen sei, daß nunmehr der unbeschränkte U-Boot-Krieg mit aller Energie einsetzen müsse. Herr v. Bethmann Hollweg antwortete, daß die Antwort der Entente abgewartet werden müsse. Dasselbe erklärte er in einer Unterredung in Pleß. Wenn eine Übereinstimmung zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung nicht zu erzielen sei, so müsse die Entscheidung des Kaisers herbeigeführt werden. Am 8. Januar telegraphierte Hindenburg, daß er die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges zum 1. Februar für notwendig halte. Am 9. Februar ist dann dieser Beschluß in Pleß erfolgt. Er selbst, der Redner, habe von der Erklärung des unbedingten U-Boot-Krieges so lange abgeraten, als es möglich war. Als Herr v. Bethmann mir am 12. Januar die Entscheidung überreichte, war ich auf das tiefste erschüttert. Ich hielt die Entscheidung in diesem Augenblick für einen Fehler, der die ganze gute Wirkung unseres Friedensangebots bedrohte. Mein erster Gedanke war, vom Amt zurückzutreten. In Würdigung aller Umstände hatte ich mir die Frage vorzulegen, ob ich durch meinen Rücktritt es vor mir selbst verantworten könnte, in den Augen unserer Bundesgenossen, unseres eigenen Volkes und unserer Feinde den U-Boot-Krieg durch eine solche nutzlose Demonstration zu diskreditieren. Ich wäre mir als ein Verbrecher vorgekommen, hätte ich so gehandelt.

Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mitleidlos den Leuten überlasse, die in diesem Hause am 17. Juli der Kriegsleitung in den Rücken gefallen sind. (Große Unruhe bei den Ausschußmitgliedern.)

Vorsitzender Warmuth weist diese Äußerung entschieden zurück, worauf Helfferich erklärt, er müsse sich dem fügen, seine Überzeugung könne er natürlich nicht verleugnen. Er fährt fort: Uns blieb nur die Wahl, uns schmählich zu unterwerfen oder das Letzte zu wagen. **Ich übernehme die moralische und politische Mitverantwortung** für unsere damalige Haltung. Die weiteren Ereignisse in Amerika bestätigten die Richtigkeit meiner Auffassung. Wo ist der plumpe Betrugsversuch an Wilson, von dem am Sonntag Dr. David in einer Versammlung gesprochen hat?

Lebhafte Zwischenfälle

ereignen sich, als Helfferich ausführt: Gerard schreibt in seinem Buch: „Es war leichter für Deutschland, mit Herrn von Bethmann Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrenhaftigkeit." **So der amerikanische Botschafter und so ein deutscher Reichsminister.** (Dr. David soll am letzten Sonntag in einer Versammlung von einem plumpen Betrugsversuch der damaligen Regierung gesprochen haben. (Große Erregung bei den Ausschußmitgliedern. Beifall im Zuhörerraum. Allgemeine Unruhe im Saal.) — Vorsitzender Warmuth: Ich bitte wirklich, diese Schärfe der Kritik zu unterlassen. — Dr. Helfferich: Ich bin durchaus nicht scharf gewesen, sondern habe nichts anderes getan, als die Äußerung des amerikanischen Botschafters der eines deutschen Reichsministers gegenübergestellt. — Minister Dr. David (mit großer Schärfe): Die Antwort werde ich Ihnen schon geben.

Vorsitzender Warmuth: Wenn ein Mitglied der jetzigen oder früheren Regierung den Vorwurf eines plumpen Betrugsversuchs macht, so ist es durchaus zulässig, wenn dagegen sachlich Stellung genommen wird. Aber der Ton macht die Musik, und deshalb bitte ich den Zeugen, wenigstens alle Schärfe in der Form zu vermeiden. Abg. Dr. Cohn: Die ganzen polemischen Ausführungen Dr. Helfferichs haben mit dem Beweisthema, nämlich den Friedensmöglichkeiten um die Jahreswende 1916/17 gar nichts zu tun. Auch die Äußerungen Dr. Davids vom Sonntag gehören nicht zur Sache. Ich widerspreche ausdrücklich der Auffassung des Vorsitzenden. Vorsitzender Abg. Warmuth: Und ich halte meine Ansicht aufrecht.

Abg. Dr. Sinzheimer schlägt dem Zeugen vor, auch andere Stellen aus dem Buch Gerards zu zitieren, wo dieser sagt: kurz vor dem bekannten Amerikadiner in Berlin sei ihm gesagt worden, der unbeschränkte U-Boot-Krieg werde unter keinen Umständen kommen. Dr. Helfferich meint, er könne hier nicht ganze Bücher verlesen, worauf Heiterkeit im Saal entsteht. Als wiederholt im Zuschauerraum gelacht wird, so als Dr. David sagt, er werde Helfferich die Antwort nicht schuldig bleiben, droht der Vorsitzende, die Zuhörer entfernen zu lassen.

Dr. Helfferich fortfahrend: Auch ohne den uneingeschränkten U-Boot-Krieg hätte Amerika den Krieg gegen uns begonnen. Aber trotz der Erfahrungen von Versailles wird es in Deutschland Leute geben, die in Wilson den Mann der Gerechtigkeit und des Friedens feiern und alle Schuld auf das eigene Land schieben. Der Flagelantismus,

die Selbsterniedrigung ist in Deutschland zur Krankheit geworden.

Vorsitzender Abg. Warmuth (unterbrechend): Ich bitte, sich möglichst an Tatsachen zu halten. Dr. Helfferich: Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Feststellungen dieses Ausschusses dazu führen mögen, dieser unheilvollen Krankheit in unserem Volke einigermaßen entgegenzuwirken. Der Zeuge geht auf die Wirkungen des U-Boot-Krieges ein, die Versenkungsziffern, den Druck Englands auf die Neutralen usw. Danach ist die Vernehmung Helfferichs, nachdem noch einige Fragen an ihn gestellt sind, beendet.

Dr. David gegen die frühere Regierung.

Dr. Helfferich hat einen schweren Angriff gegen mich wegen meiner Ausführungen in einer Versammlung am letzten Sonntag gerichtet. Er hat einen Pressebericht benutzt, der ganz kurz zusammenfaßt, was ich dort ausgeführt habe zum Beweise dessen, daß das Unheil für das deutsche Volk nicht durch die Revolution, sondern durch die Niederlage herbeigeführt worden sei, und daß es aus militärischen Gründen gekommen sei, bevor die Revolution irgendwie in Sicht war. Das ist der Gedankengang meiner Rede gewesen. Die drastische Form, in der einzelne Zeitungen berichteten, ist allerdings von mir nicht benutzt worden.

Ich habe nachgewiesen, daß durch die Geheimdiplomatie das deutsche Volk, der Reichstag, nichts von der Friedensaktion Wilsons erfahren hat und daß es blind in den Krieg mit Amerika geführt worden ist. Zur selben Zeit wurde von einer neutralen Macht ein Friedensschritt unternommen, der als ergänzender Hilfsschritt von ungeheurer Bedeutung war.

Diese Sache ist nicht öffentlich verhandelt worden, weil eine neutrale Macht in Frage kam. Das darf aber wohl öffentlich ausgesprochen werden, daß in der zweiten Hälfte des Dezember eine Friedensvermittlung einer neutralen Macht eingeleitet wurde, die als eine außerordentlich verheißungsvolle angesehen werden mußte, und die zur Verstärkung der Wilsonschen Aktion führen mußte. Davon wußte der Reichstag nichts. Hätte er es gewußt, so hätte das Zentrum unter keinen Umständen seine Einwilligung gegeben, daß alles durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg durchkreuzt würde. (Große Unruhe.)

Vorsitzender Warmuth: Ich halte es nicht für zulässig, die Beurteilung des Schrittes der neutralen Macht hier in der Öffentlichkeit so scharf hervorzuheben. Minister Dr. David: Ich habe das nur angeführt, weil es schwerwiegend ist für mein Urteil, daß das Volk mit verbundenen Augen ins Verhängnis geführt wurde. Bernstorffs Anstrengung, einen Aufschub zu erhalten, wurden dem Reichstag und dem deutschen Volk vorenthalten. Von dem Eintreten einer neutralen Macht haben wir nichts erfahren, ebenso nichts davon, daß Graf Bernstorff mitteilte, es sei aussichtslos, eine Friedensaktion zu erwarten, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt würde. **So wurde der Reichstag blind ins Verhängnis geführt.** Das entspricht den Tatsachen. Von einem „plumpen Betrugsversuch" habe ich nicht gesprochen. Es war eine unklare und illoyale Diplomatie, die getrieben wurde, nachdem man den Präsidenten Wilson zu seinem Friedensschritt eingeladen hatte. So mußte der Eindruck erweckt werden, daß unsere Diplomatie den Krieg mit Amerika geradezu provoziert hat. Das ist die schwere Anklage, die ich erhebe. Reichstag und deutsches Volk würden sich ganz anders gestellt haben. So ist das deutsche Volk mit verbundenen Augen ins Verhängnis geführt worden.

Herr v. Bethmann Hollweg

nimmt das Wort in großer Erregung und sagt: Der Reichsminister Dr. David hat mich angeklagt, gegen Amerika eine illoyale Politik getrieben zu haben. **Diese Anklage wird hier in öffentlicher Sitzung in die Welt geschleudert. Ich lasse sie nicht auf mir sitzen und beantrage, daß sich der Ausschuß schleunigst darüber schlüssig macht, ob er sich der Ansicht des Reichsministers anschließt.** (Beifall bei den Zuhörern.)

Der Vorsitzende Abg. Warmuth ist nicht der Ansicht, daß es zu den Aufgaben des Ausschusses gehört, sich ein Urteil in dieser Beziehung zu bilden. Der Ausschuß habe nur Tatsachen festzustellen. Bethmann verlangt dann, im Namen des Ausschusses wenigstens festzustellen, daß Minister Dr. David durch seine Ausführungen nicht imstande ist, dem Urteil des Ausschusses irgendwo vorzugreifen. Es entsteht eine erregte Hin- und Herrede, wobei

Dr. David sagt, sein Vorwurf richte sich in erster Linie gegen den damaligen Minister des Auswärtigen Zimmermann.

Dieser habe am 10. Dezember der Presse vertraulich mitgeteilt, daß wir unsern Friedensschritt nur machten, um einer Friedensaktion Wilsons zuvorzukommen. **Das ist ein illoyales Verfahren.** (Große Unruhe.) Dr. Zimmermann (sehr erregt): In dieser Weise werden wir hier öffentlich angeklagt! — Minister Dr. David: Das Verhalten Dr. Zimmermanns war die Grundlage für den Vorwurf einer illoyalen Politik. Insoweit halte ich diesen Vorwurf durchaus aufrecht. Daß Herr von Bethmann Hollweg für seine Person keine illoyale Politik treiben wollte, davon bin ich fest überzeugt. In der Wirkung nach Amerika aber mußte diese Politik sachlich so aufgefaßt werden. v. Bethmann Hollweg (mit steigender Erregung): Ich möchte an den Ausschuß die Frage richten, ob dieser Saal dazu dienen soll, daß Mitglieder der Reichsregierung gegen die frühere Regierung hier öffentlich die schwerste Anklage erheben? — Dr. Helfferich: Ich erkläre, daß ich diesen Saal verlassen werde, wenn auf diese Frage keine befriedigende Antwort erfolgt. (Beifall im Zuhörerraum.) Nach weiteren Bemerkungen betont Dr. David, der Angriff Helfferichs gegen ihn habe ihm das Recht und die Pflicht gegeben, diesen Angriff sachlich zurückzuweisen. — Dr. Zimmermann (sehr erregt): Reichsminister Dr. David hat hier parteipolitische Reden gehalten. (Beifall und Unruhe). Den unerhörten Vorwurf einer illoyalen Politik weise ich mit Entrüstung zurück.

Erklärung des Ausschusses.

Hierauf zog sich der Ausschuß zu einer längeren Beratung zurück. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen gab der Vorsitzende im Namen des Ausschusses folgende einstimmig angenommene Erklärung ab: „Der Untersuchungsausschuß ist nach der Verfassung ein selbständiges Organ zur Untersuchung von Tatsachen. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann erst nach Erschöpfung des Beweismaterials erfolgen. Werturteile von Mitgliedern des Ausschusses sind deshalb für den Ausschuß nicht maßgebend. Soweit die Form von Äußerungen zur Beanstandung Anlaß gegeben hat, ist sie vom Vorsitzenden gerügt worden, und wird gegebenenfalls weiter gerügt werden."

Über die Munitionslieferung Amerikas

entwickelt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Zeugen und einigen Beisitzer. Entgegen der Auffassung der letzteren ist Dr. Helfferich der Ansicht, daß Wilson in der Lage gewesen wäre, auf England einzuwirken, daß es auf den Boden der Londoner Deklaration zurückkehre. Er sei aber von der amerikanischen Geschäftswelt im gegenteiligen Sinne beeinflußt worden. Im spanisch-amerikanischen Kriege sei auf Wunsch des amerikanischen Botschafters in Berlin die Lieferung von Munition an Spanien seitens deutscher Firmen untersagt worden.

Nach weiteren Auseinandersetzungen über die Frage der bewaffneten Handelsschiffe wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

(Zwölfter Tag.) Berlin, 15. Nov.

Vors. Warmuth eröffnet Samstag die Sitzung und wendet sich an Staatssekretär a. D. Helfferich und zu seinen Bekundungen über seine geänderte Stellungnahme zum rücksichtslosen Ubootkrieg. Dr. Helfferich habe mitgeteilt, daß drei Gründe für die Änderung seines Standpunktes maßgebend gewesen seien, und zwar 1. Einzelheiten, die ihm über die Verhandlungen in Pleß mitgeteilt worden seien, nach denen er annehmen mußte, daß es keinen Frieden ohne weiteren Kampf geben konnte, 2. das Schweigen Wilsons und die Senatsbotschaft vom 22. Januar, aus der er ein Geschehenlassen, wenn nicht eine Billigung der Bedingungen der Entente herauslas.

Dr. Helfferich weist darauf hin, daß es sich bei der Ubootfrage um eine taktische Frage handele. Das gehe auch aus der Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei hervor. Der Redner fährt sodann fort: Für mich war wesentlich mitbestimmend die Antwort der Entente. Von Bethmann-Hollweg berichtete aus Pleß, daß die Oberste Heeresleitung erklärt habe, daß ihr eine Fortsetzung des Krieges gegenüber den bevorstehenden feindlichen Offensiven als unmöglich erschien, wenn nicht unserer schwer bedrohten Ostfront durch jedes erdenkbare Mittel Erleichterung verschafft werde und wenn nicht durch die Uboote die Zufuhr von feindlicher Verstärkung und Munition verhindert werde. Mein Vertrauen auf Wilson war nach der Lansing-Affäre restlos erledigt. Ich hatte zunächst mit der Tatsache des Beschlusses in Pleß zu rechnen. Eine zweite neue Tatsache war die, daß der Reichskanzler mir die definitive Antwort der Entente entgegenhielt. Wenn ich Wilson gewesen wäre, hätte ich sie als unverschämt angesehen, da sich die Entente eine Gleichstellung mit den Zentralmächten verbat und doch nur eine Vermittlung nur unter Gleichen möglich ist. Das nächste Stadium der Entwicklung war die Senatsbotschaft Wilsons vom 22. Jan., und sie hat meine Überzeugung, der ich im Reichstage Ausdruck gegeben habe, vollendet.

Vors. Warmuth: Waren Sie der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung in Amerika durchaus nicht auf Seiten Deutschlands stand?

Staatssekretär Helfferich: Die Stimmung in der amerikanischen Geschäftswelt habe ich gekannt. Ich konnte nicht annehmen, daß ein Band angelsächsischer Natur uns geeigneter sein könne als unserem angelsächsischen Hauptfeinde, der eine unerhörte, schauderhaft lügnerische Propaganda gegen uns trieb und dabei vollständig freien Spielraum hatte. Wir konnten nichts dagegen unternehmen. Die amerikanische Regierung hat uns gegenüber ihre Schuldigkeit nicht getan. Je länger der Krieg dauerte, je mehr kam ich zu der Überzeugung, daß die amerikanische Friedensaktion für uns ein rettungsloses Unternehmen sei.

Graf Bernstorff: Die öffentliche Meinung in Amerika war bis zum Lusitaniafall, wenn auch uns nicht freundlich, so doch einigermaßen neutral. Eine direkte Einwirkung auf die Presse und Privatunternehmungen, wie Kinos, war der Regierung nicht möglich. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat sich hierin alles geändert, weil zu dieser Zeit eine amtliche amerikanische Propaganda eingeführt wurde, die vordem nicht bestanden hatte.

Professor Bonn: Welche Bewandtnis hatte es mit dem Lansingschen Interview?

Graf Bernstorff: Der amerikanische Minister mußte täglich etwa 20 Journalisten in einem Kreuzverhör Rede und Antwort stehen. Lansing erklärte diesen am Nachmittag der ersten Wilsonschen Friedensnote etwa, daß die Rechte der Vereinigten Staaten so sehr von den kriegführenden Mächten beeinträchtigt würden, daß eine Kriegsgefahr entstehen könnte. Er gebrauchte dabei die Wendung, die Vereinigten Staaten ständen am Rande des Krieges. Diese Äußerung soll Wilson nach der Washingtoner „Commune opinion" zu Ohren gekommen sein. Er hat Lansing veranlaßt, diese Äußerung zu dementieren. Es wurde sofort gegen Wilson Sturm gelaufen, und er wurde als Agent des deutschen Volkes hingestellt. Da hat Lansing das Wort in die Diskussion geworfen: Wenn wir nicht zum Frieden kommen, gibt es

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!

die monarchistische Propaganda in die Reichswehr hineinzutragen, und die Studentenschaft mit reaktionärem Geiste zu erfüllen. Die Form der Pressepolemik gegen die Regierung, wie sie von rechtsstehenden Blättern gepflegt wird, ist der deutschen Presse unwürdig. (Zuruf rechts.) Sie sieht im Gegner den Schurken. Die antisemitischen Broschüren und Flugblätter wachsen bergehoch, und die Düsseldorfer Freie Meinung verweist schon auf das Vorbild des Mittelalters, wo man die Juden einfach totschlug. Auch die Taktik der linksradikalen Gruppe ist darauf gerichtet, die Autorität der Regierung zu erschüttern und die Arbeiter glauben zu lassen, sie würden von den Ministern verraten. Wir sozialdemokratischen Minister und auch die anderen Mitglieder der Regierung werden das wirtschaftliche Streikrecht der Arbeiter nicht antasten lassen, ebenso entschieden wird die Regierung aber auch gegen die Streikpropaganda ankämpfen, die jeden Funken einer Lohnstreitigkeit zu hellen Flammen entfacht und wirtschaftliche Dinge ins politische Fahrwasser leitet. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Was ist denn politischer Generalstreik, doch nur der Kampf mit dem Endziel des Sturzes der Verfassung. Unsere erschöpfte Volkswirtschaft könnte die Verwaltungsexperimente solcher unklaren Köpfe selbst auf wenige Tage nicht ertragen. Unser Volk ist für diese Art der Menschenbeglückung, die kaltblütig für die weltferne Errichtung des Paradieses auf Erden das Lebensglück vieler Geschlechter opfert, nicht zu haben. (Lebh. Zustimmung.) Wir werden unser Land davor bewahren, ein Tollhaus nach russischem Muster zu werden. (Großer Lärm bei den Unabh.) Schuld an der verheerenden geistigen Volkskrankheit dieser Tage ist das alte System, das die Menschen in den Krieg hetzte. Niemand konnte erwarten, daß Leute, die auszogen, um andere Menschen totzuschlagen, als andere Menschen zurückkehren würden. Wir müssen aber zu einer Einheitsfront der Arbeiterschaft kommen. Ein dauernder Bruderkrieg im Arbeiterlager wäre unerträglich. Wir sind nach Kräften bemüht, Ruhe und Ordnung zu schaffen, aber die schweren Zeiten waren zu bergehoch, als daß es schon hätte gelingen können. Mögen alle besonnenen Elemente des Volkes sich aufraffen und Schulter an Schulter mit der Regierung zu kämpfen für die Rettung des Vaterlandes. Das ist das Gebot der Stunde, das ist die Pflicht eines jeden, dem das Wohl des Vaterlandes, sein eigenes Los und die Zukunft seiner Kinder und Kindeskinder am Herzen liegt. (Lebh. Beif. bei der Mehrheit.)

Abg. **Graefe** (Dt.-Vtl.):

Die Kundgebungen der Studenten waren getragen von dem Gefühl, daß Hindenburg der Mann ist, der bis zum letzten Augenblick seine Pflicht getan hat, oder erwartet die Regierung eine Sympathiekundgebung für den Untersuchungsausschuß. (Sehr gut! rechts). Wir denken nicht daran, die unmögliche Art zu stützen, mit der jetzt regiert wird. Wir stehen fest auf dem Boden des Ordnungsprogramms von Hergt. Das parlamentarische System ist, wie der Minister Heine selbst zugab, das teuerste, das es gibt. Die Staatskommissare, die noch gar nicht die Zustimmung der Landesversammlung haben, müssen verschwinden. Der Bescheid des Ministerpräsidenten in der Frage, ob die Gemeinden den Arbeiterräten ein Kontrollrecht zugestehen wollen, erinnert an die Art, wie man das Badebild Eberts und Noskes zu entschuldigen suchte. (Großer Lärm bei den Mehrheitssozialisten.) Die Regierung möge sich veranlaßt sehen, aus Gründen des politischen Feingefühls sich des öfteren zu versichern, ob sie denn auch wirklich die Mehrheit der Landesversammlung hinter sich hat. Wir bedauern im übrigen, daß die Neuwahlen sich so lange hinausziehen. Mit dem Popanz der angeblichen Gegenrevolution von rechts wird es ihnen nicht gelingen, bei den Neuwahlen Geschäfte zu machen. (Beifall rechts, Lärm links.)

Minister Heine:

Herr Gräfe hat mich enttäuscht. Wenn Herr Gräfe sich zum Hüter des demokratischen Prinzips aufwirft, dann muß ich mich allerdings wenden. (Der Minister macht eine abweisende Bewegung, großer Lärm rechts.) Ich habe keinen Anlaß, einem Mann, der verhetzt und im Innern den Frieden zu stören sucht, besondere Ehre anzutun. (Lärm rechts.) Gräfe untergräbt den inneren Frieden. Wenn ich das Vertrauen des Vorredners nicht habe, so danke ich ihm dafür. (Lärm rechts.) Im Kabinett haben allerdings jetzt die Sozialdemokraten die Mehrheit, aber man soll den Fall nennen, in dem die anderen majorisiert wurden. Sie glauben gar nicht, wie einig wir sind. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Kulturpolitik kann nur getrieben werden durch die Gemeinden und Lehrer, und deshalb habe ich Bedenken geäußert gegen eine Abhängigkeit der Finanzwirtschaft von einer Reichszentralstelle, Herr Erzberger versteht meinen Standpunkt vollkommen, und von einem Konflikt zwischen uns ist keine Rede. Sehr erfreulich ist es ja, daß Sie (nach rechts) auf Gewaltmittel verzichten wollen, aber die scheußliche rohe Tat ihrer Agitation und Verhetzung ist nicht geeignet, Ruhe zu schaffen. Ich sehe meine Aufgabe darin, alle positiv arbeitenden Kräfte zusammenzufassen.

Abg. **Heilmann** (Soz.):

Halten Sie uns für so naiv, Kundgebungen der Studenten für spontan zu halten, wenn Sie die Steigerung bedenken, die Herr Helfferich heute vor dem Untersuchungsausschuß selbst zugeben mußte. (Sehr gut bei den Soz. Unruhe rechts.) Ich bin kein Anhänger der dauernden Tätigkeit der Arbeiterräte, aber man muß anerkennen, daß sie nach der Revolution die einzigen waren, die für Ordnung sorgten und die Anarchie verhinderten. Der Zentralrat ist es auch gewesen, der Noske den Auftrag gab, für die Wiederherstellung der Ruhe zu sorgen. Ihr Angriff auf Hörsing richtet sich selbst. Ohne ihn hätte Oberschlesien schon das Schicksal Posens getroffen. Sollten die Koalitionsparteien infolge ihrer starken Demagogie wirklich eine Anzahl von Wählern verlieren, so liegt das daran, daß das deutsche Volk noch nicht gewohnt ist, parlamentarisch regiert zu werden. Die Unabhängigen sind nicht die Macher der Revolution gewesen, sie war die natürliche Folge der Tatsache, daß sich das in Siegeshoffnung gewiegte Volk plötzlich vor der Niederlage sah. (Sehr richtig!) Der Friedensschluß ist der härteste seit der Zerstörung Karthagos. Die Revolution kann man nicht verantwortlich machen. Jetzt begeistern Sie sich für den Kaiser, aber am 9. November hat sich keine Hand gerührt, ihn zu retten. Den Unabhängigen muß ich sagen, so lange Sie nicht auf Gewalt verzichten, kann auch die Regierung nicht auf Reichswehr, Belagerungszustand und Zensur verzichten. Wir bitten aber die Regierung, jederzeit zu erwägen, wo der Belagerungszustand aufgehoben werden kann und es dort zu tun. Wir erwarten, daß die Regierung gegen die Putsche von rechts ebenso scharf vorgeht, wie gegen die von links. Wie ausgezeichnet unsere Minister sein müssen, habe ich selbst in diesem Hause aus deutsch-nationalem Munde gehört. Herr Held sagte, hätten wir Noske und Heine während des Krieges zu Ministern gehabt, dann hätten wir den Krieg gewonnen, und Wilhelm 2. regierte heute noch. (Heiterkeit links.) Preußen in eine Anzahl von kleinen Einzelstaaten zu zersplittern, lehnen wir ab. Die deutsche Zukunft ruht auf der Einsicht der gewerbstätigen Bevölkerung. Der Klassenkampf war kein Hindernis für die Landesverteidigung, er ist auch kein Hindernis für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Aber heute brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

→ Montag Fortsetzung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Zur Neuordnung der deutschen Rechtschreibung** wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß auf der im Reichsministerium des Innern abgehaltenen Vorbesprechung zur Reichsschulkonferenz von der Reichsregierung auch die Frage der Neuordnung der deutschen Rechtschreibung zur Sprache gebracht würde. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß mit der Schulreform auch eine Reform der Rechtschreibung Hand in Hand gehen müsse. Die Reichsregierung wurde ersucht, zu diesem Zweck sobald als möglich die nötigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Sie wird deshalb die Angelegenheit voraussichtlich auf der demnächst stattfindenden Sitzung des für die Vorbereitung der Reichsschulgesetzgebung und der Reichsschulkonferenz einberufenen ständigen Ausschusses zur weiteren Erörterung stellen.

+ **Ein Brief Heines an Erzberger.** Der preußische Minister des Innern, Heine, hat an den Reichsfinanzminister Erzberger einen Brief gerichtet, in dem er diesen befriedigende Auskunft über seine in Dessau gehaltene Rede gibt und erklärt, er denke gar nicht daran, sich „die üblichen Angriffe von rechts und links gegen Erzberger zu eigen zu machen".

+ **Die Unabhängigen gegen den Bußtag.** Der Abgeordnete Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.) hat in der Preußischen Landesversammlung den Antrag eingebracht: die Staatsregierung zu ersuchen, a) den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben, b) den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

+ **Aufhebung der bayerischen Gesandtschaften.** Das bayerische Ministerium des Äußeren hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung der bayerischen Gesandtschaften in Dresden und Stuttgart zugehen lassen. Die Entscheidung über den Fortbestand der bayerischen Gesandtschaft in Berlin wird bei den kommenden Landtagsverhandlungen fallen.

+ **Streikverbot im Saargebiet.** Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, erließ General Andlauer, der oberste militärische Verwalter des Saargebiets, eine Proklamation an die Bevölkerung, wonach das Recht auf Arbeitseinstellung aufgehoben wird. Für den Fall eines Streiks wird ein Sondergericht in Saarbrücken errichtet, das mit weitgehenden Strafbefugnissen gegen zuwiderhandelnde Arbeiter ausgestattet ist.

+ **15 Millionen Westpreußengelder beschlagnahmt!** In der Breiten Straße in Potsdam wurden durch die Staatsanwaltschaft für 12 bis 15 Millionen Mark Papiergeld beschlagnahmt, die für die russische Nordwestarmee bestimmt waren. Angeblich soll auch eine Notenpresse aufgefunden worden sein, auf der das Geld hergestellt wurde. Der rechtliche Sachverhalt wird zurzeit von der Staatsanwaltschaft geprüft.

+ **Die Provinzialwahlen in Ostpreußen.** Bei den jetzt abgeschlossenen Wahlen zum ostpreußischen Provinzialland tag wurden gewählt: 19 Sozialdemokraten, 9 Demokraten, 6 Zentrum, 34 Deutschnationale, 5 deutsche Volkspartei, 9 nach rechts neigende Parteilose, 2 Unabhängige, 1 Pole und 1 Litauer. 34 Mandaten der Regierungsparteien stehen also 48 Rechtsparteiler gegenüber.

+ **Die ungültigen oberschlesischen Wahlen.** Der Pariser Fünferrat hat den Entwurf einer Note an die deutsche Regierung gebilligt, in der mitgeteilt wird, daß die in Oberschlesien stattgehabten Gemeindewahlen von den alliierten und assoziierten Mächten für null und nichtig erklärt werden.

× **Die Viehlieferungen an Frankreich und Belgien.** Auf dem Wege der Verhandlungen ist es gelungen zu erreichen, daß Deutschland statt der von der Entente verlangten 140 000 Milchkühe nur 90 000 abzuliefern braucht. Es hat sich nämlich Frankreich, dem nach dem Friedensvertrage 90 000 Milchkühe zustehen, mit der Lieferung von 30 000 trächtigen Kühen, 30 000 Kühen in Milch und 30 000 sichtbar tragenden Färsen einverstanden erklärt. Belgien, das 50 000 Milchkühe und 40 000 Färsen nach dem Friedensvertrage bekommen soll, erhält 5000 Milchkühe, 25 000 sichtbar tragende Kühe, 35 000 erkennbar tragende Färsen und 25 000 Stück weibliches Jungvieh im Alter von 8—10 Monaten.

+ **Die Gemeindewahlen im besetzten Hessen** haben teilweise eine erhebliche Stimmenvermehrung für die äußerste Linke sowie für die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen gebracht. Den größten Verlust tragen wiederum die Demokraten, aber auch das Zentrum und die Mehrheitssozialisten haben Verluste erlitten.

+ **Pressestreik in Köslin.** In der hiesigen Stadtverordnetensitzung verließen die bürgerlichen Pressevertreter nach einer Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers Partzsch (Soz.) an den Vertreter einer Zeitung, daß ihm im Wiederholungsfalle einer einem Teil der Stadtverordneten mißliebigen Kritik in seinem Bericht über die Sitzungen das Asylrecht entzogen würde, einmütig den Sitzungssaal und stellten die Berichterstattung ein.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 20 November

—* **Der Landabsatz für Kohlen** ist wegen neuerlich eingetretenen Wagenmangels von der amtlichen Verteilungsstelle für Ruhrkohle bis auf weiteres wieder freigegeben worden.

—* **Von der Handelskammer.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Inhaber von Schnellzugskarten über 200 Kilometer auch die noch an den Sonn- und Feiertagen verkehrenden wenigen Arbeiterzüge auf den Nebenbahnen benutzen dürfen.

—* **Das neue Postscheckamt im Industriebezirk.** Die vereinigten Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks waren sich in ihrer letzten Sitzung darüber einig, daß für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk ein neues Postscheckamt geschaffen werden muß. Die Aussprache drehte sich um die Frage, wo das neue Amt seinen Sitz haben soll. Bei der Beurteilung dieser Frage seien die Gründe, die für eine Teilung des Kölner Amtes sprachen, zu beachten. Deshalb kämen Münster und Düsseldorf als zu sehr außerhalb des Bezirkes liegend nicht in Betracht. Es bliebe somit nur die Wahl zwischen Dortmund und Essen. Eine vom Vorsitzenden angeregte Abstimmung ergab einstimmige Wahl von Dortmund.

+ **Halver,** 20. Nov. Aus englischer Gefangenschaft kehrte zurück Karl Boß, Sohn des F.-A. Albert Boß zu Neuemühle. Ein herzliches Willkommen in der Heimat.

Schalksmühle, 18 Nov. Vor einigen Tagen ist in Hagen von der Kriminalpolizei ein nettes Spitzbuben-Kleeblatt von hier festgenommen. Es sind dies die im Alter von 18—22 Jahren stehenden A. M., C. H. und E. E. von hier. Sie hatten sich in einem Hagener Eisenwarengeschäft verdächtig gemacht, wo sie eine große Menge Satz-Plätteisen, Bügeleisen und sonstige wertvolle Eisenwaren bezw. Küchengeräte zum Verkauf anboten. Der Geschäftsinhaber benachrichtigte während der Verhandlungen die Kriminalpolizei und hierdurch konnten die Bürschchen zusammen verhaftet und hinter Schloß und Riegel gesetzt werden, wo sie nun ihrer Strafe entgegensehen. Die Sachen sind zum großen Teil von der Firma Johs. Stahl Nachf., hier, entwendet worden.

+ **Kierspe,** 19. Nov. Der Omnibus fährt ab 17. ds. Mts. wieder an dieselben Züge wie vor der Eisenbahnverkehrssperre, also mittags 12,45 Uhr nach Hagen und nachmittags 5,30 Uhr nach Dieringhausen. — Das Omnibusfuhrwerk, das seit Jahrzehnten von Herrn Ad. Vollmann betrieben wurde, ist von diesem aufgegeben worden. Zur Zeit wird der Verkehr von Herrn Albert Reininghaus unterhalten.

+ **Kierspe,** 19. Nov. In der letzten Sitzung der Amtsvertretung wurde Herr Amtsbeigeordneter Pfeiffer zum Amtsassistenten gewählt, ebenso erhielt Herr Fritz Fischer seine Anstellung als Assistent.

= **Kierspe-Bhf.,** 19. Nov. Am Totensonntag, den 23. ds. Mts. wird die hiesige Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen eine Sammlung in unserer Gemeinde veranstalten, deren Ertrag zur Unterstützung bedürftiger Mitglieder Verwendung finden soll. In liebenswürdiger Weise haben sich eine Anzahl junge Damen in den Dienst der Sache gestellt die von Haus zu Haus gehen werden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn den Sammlerinnen das Leben nicht allzu sauer gemacht würde. Die Ortsgruppe ist für jedes Scherflein, und sei es noch so klein, von Herzen dankbar. Eine Anzahl unserer Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sieht recht trostlos dem Weihnachtsfest entgegen. Möge daher Jeder an seinem Teile dazu beitragen, ihnen ihr Los zu erleichtern soviel es in seinen Kräften steht. Wir sind es ihnen schuldig.

Breckerfeld, 16. Nov. Beim Abbruch des Kirchturmes fand ein Arbeiter ein gut erhaltenes Porzellangefäß zwischen den Mauern. Es enthielt in einer Schweinsblase eine beschriebene Pergamentrolle, die leider aus Unachtsamkeit der Arbeiter derart beschädigt wurde, daß die Schrift nicht mehr zu entziffern war. Außer verschiedenen Geldstücken: 1 Thaler, 1 Viertel Thaler, 1 Silbergroschen, 4 Kupfermünzen: 1-, 2-, 3- und 4 Pfg.-Stücke und 1 Uhrrädchen lagen 2 Zettelchen von Th. Flues, Uhrmacher und Mechaniker, Breckerfeld, bei, worauf zu lesen war, daß dieses im Beisein von seinen 3 Gehilfen, die mit Namen benannt sind, im Jahre 1835 eingemauert sei.

Solingen, 18. Nov. Von den über 1000 Schulkindern, die in Solingen alljährlich neu der Volksschule zugeführt werden, mußten in diesem Jahre auf Grund des Ergebnisses der schulärztlichen Untersuchung 90 Kinder, zum übergroßen Teil wegen schwächlicher, körperlicher Entwicklung um 1 Jahr vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Es sind die Folgen der 5 Kriegsjahre mit ihrer Unterernährung, die in diesem Ergebnis zum Ausdruck kommen.

Essen, 17. Nov. In einer von vielen Tausenden Essener Bürgern besuchten Kundgebung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich wurde eine Entschließung angenommen, in der die deutsche Regierung aufgefordert wird, die Erfüllung der im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen solange hinauszuschieben, bis die deutschen Kriegsgefangenen von Frankreich freigelassen sind. Weiter wird die Regierung aufgefordert, sämtliche Tanzlokale und sonstigen Vergnügungsstätten in Deutschland zu schließen, bis der letzte deutsche Gefangene aus Frankreich zurückgekehrt ist.

Gas- und Elektrizitätswerke gesichert.

Berlin, 19. Nov. Von seiten des Reichskohlenkommissars wird mitgeteilt, daß die Belieferung der Gas- und Elektrizitätswerke mit Kohle sichergestellt werde.

Statt Karten.

Marianne

Die glückliche Geburt eines strammen

Mädels

zeigen hocherfreut an

Ewald Höngen u. Frau
Anna geb. Herz.

Halver i. W., den 19. Nov. 1919.
Südstr. 7.

Amt Halver.

Speckausgabe.

Am Freitag, den 21. ds. Mts. kommt auf den Kopf der Bevölkerung 125 Gramm Speck zur Verteilung. Der Verkauf geschieht in sämtlichen Metzgereien des Amtsbezirks und gegen Abgabe der Speckmarke Nr. 20. Der Preis beträgt 13,40 Mk. je Pfund.

Für den Schulbezirk Heesfeld findet der Verkauf am Samstag, den 22. d. Mts. bei Schröder in Oeckinghausen statt

Fleisch kommt ebenfalls zu gleicher Zeit zur Verteilung.

Halver, den 18. November 1919.

Der Amtmann.

Bäuerl. Bezugs- u Absatzgenossenschaft Halver.

Auf Lager vorrätig:

Gerstenkleie,
Chlorkalium 52%,
Kainit,
Kalisalz 20%.

Wilson und die Vorbehalte des Senats.

Presse de Paris berichtet: **Entsprechend einer Depesche aus Washington** ca die Zeitungen, daß man **in amerikanischen Kreisen annimmt, daß Präsident Wilson oder der Senat den Friedensvertrag zurückweisen werde, falls eine Genehmigung von den durch die Senatskommission bereits angenommenen Vorbehalten abhängig gemacht werde. Präsident Wilson betrachte die Zustimmung zu diesen Vorbehalten als einer Abweisung des Vertrages gleichkommend.**

Presse de Paris berichtet aus Washington, daß der Text des vom Senator Lodge zum Artikel 10 des Friedensvertrages gemachten Vorbehalte, der mit 46 gegen 35 Stimmen angenommen wurde, ausführt, daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen irgendwelcher Art auf sich nehmen, die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgend eines Landes zu schützen, oder bei Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu intervenieren. Weiterhin könnten in keinem Falle die militärischen Streitkräfte zu Wasser oder zu Lande ohne vorherige Zustimmung des Kongresses verwendet werden, der allein die Vollmacht habe, den Krieg zu erklären.

Für die Befreiung der Kriegsgefangenen.

In Berlin fanden gestern 30 Massenversammlungen statt, in denen gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen protestiert wurde. Es wurden zwei Entschließungen angenommen. In der ersten, welche durch Funkspruch an die Völker der Erde verbreitet werden soll, wird gesagt, daß der Oberste Rat seine Verpflichtung nicht erfüllt habe. Das deutsche Volk fordere die gesamte Menschheit auf, sich zu vereinigen zu dem Rufe sofortiger Heimsendungen aller Gefangenen dieses Krieges. — Eine zweite Entschließung verlangt ein energisches Vorgehen der Nationalversammlung für die Heimsendung der deutschen Gefangenen.

Vermischtes.

Vorschläge für deutsche Briefmarken. In der Zeitschrift des Bundes Deutscher Verkehrsvereine macht Staatsminister Dr. F. Schmidt den Vorschlag, **die Meister der deutschen Kultur, insbesondere der Wissenschaft und Kunst, durch die Briefmarken immer aufs neue in das Gedächtnis unseres Volkes wie des Auslandes zu rufen.** Er läßt dann bestimmte Vorschläge für Markenbilder folgen; es sollen dargestellt werden: Albrecht Dürer, Luther, Leibnitz, Johann Sebastian Bach, Lessing, Kant, Goethe, Schiller, Schinkel, Wilhelm v. Humboldt, Beethoven, Schopenhauer, Bismarck, Moltke, Leopold v. Ranke, Richard Wagner, Brahms, Mommsen, Adolf Menzel, Helmholtz und Robert Koch. „Die neue Regierung," schreibt Schmidt, „hat immer betont, daß sie die Kulturwerte hoch würdigt und pflegen will. Angesichts dessen habe ich die Bildervorlagen auch dem Reichspostministerium eingereicht." Der Vorschlag ist ja recht interessant, aber wir glauben trotzdem nicht, daß er Aussicht auf Verwirklichung hat. Bismarck und Moltke würden wohl unter allen Umständen ausfallen.

Ein gallo-römischer Tempel ist auf dem Engemeinker Gut bei Bern entdeckt worden. Die Grundmauern haben die Form eines verschobenen Vierecks mit Umfassungsmauern. Besonders interessant ist die Entdeckung, daß an den alten Tempel im Mittelalter eine christliche Kapelle angebaut worden ist, deren Spuren noch deutlich wahrzunehmen sind. Es handelt sich um eine im Jahre 1344 errichtete, 1532 niedergelegte Kapelle des heiligen Agidius. Bei der Freilegung der Grundmauern kamen auch andere Fundstücke zum Vorschein. Man fand Gefäßscherben, zahlreiche römische Ziegelfragmente, Stücke von Heizungsziegeln und mehrere Münzen, nämlich eine gallische und 13 römische aus der Zeit von Augustus bis Probus, der von 276 bis 282 regierte.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Berliner Grunewaldräuber verurteilt.** In den Monaten Juli und August dieses Jahres wurden im Berliner Grunewald wiederholt harmlose Spaziergänger von Räubern überfallen und ihnen Geld und Wertsachen abgenommen. Bei einem dieser Überfälle wurden schließlich durch eine Patrouille der Wachtabteilung der Kommandantur die Gefreiten Walter Schrempf und Willi Blumenthal, beide vom Eisenbahnbataillon 4, festgenommen. Sie hatten sich jetzt vor dem Kriegsgericht der Eisenbahntruppen zu verantworten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde Schrempf zu zehn Jahren, Blumenthal zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

§ **Was heutzutage als „Zigarre" verkauft wird.** In Breslau ist ein Fabrikant, der eine 90-Pfennigzigarre unter der Marke „London Docks" in den Handel brachte, die nach gerichtlicher Prüfung Beimischungen von Baumfasern, Holzstellen, Bindfaden, Stroh und Rattenkot enthielt, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver in Westf.

Amt Halver.

Darlehn an Kriegsteilnehmer.

Der Provinzialverband der Provinz Westfalen hat mit Unterstützung der Königlich Preußischen Staatsregierung eine besondere Kriegshilfskasse eingerichtet, deren Verwaltung durch die Landesbank der Provinz Westfalen in Münster i. Westf. erfolgt.

Zweck der Kriegshilfskasse ist die Gewährung von Darlehn an Kriegsteilnehmer aus dem selbstständigen Mittelstande oder deren Angehörige behufs der Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Als Unterstützungsberechtigte gelten insbesondere selbstständige Handwerker, Kaufleute, Landwirte, Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler und Privatlehrer. Sie alle müssen während dem Kriege zum Militärdienst eingezogen sein.

Als Angehörige der Kriegsteilnehmer kommen außer der Ehefrau die auch als Witwe hierher gehört — die beiderseitigen Verwandten in auf- und absteigender Linie in Betracht.

Die Bewilligung des Darlehns setzt voraus, daß durch dessen Gewährung die dauernde Wiederaufrichtung der selbstständigen wirtschaftlichen Existenz des Antragstellers mit Sicherheit zu erwarten ist, daß dieser die Gewähr für eine gewinnbringende Entwickelung des Geschäfts bietet, sich nachweislich ernstlich bemüht hat, sich selbst zu helfen, und von andern Banken und Kreditinstituten Kredit nicht zu erhalten vermag.

Für das Darlehn sowie die pünktliche Leistung der Zinsen und der Rückzahlung ist, soweit es angeht Sicherheit zu bestellen die u. a. auch durch Eingehung und Verpfändung einer Lebensversicherung insbesondere bei der Volksversicherung der Provinz Westfalen erfolgen kann.

Der Zinsfuß, welcher 4% nicht überschreiten darf, wird von Fall zu Fall festgesetzt und wird in der Regel 4% betragen. Die Darlehnszinsen sind nachträglich am 1. April und 1. Oktober an die westfälische Kriegshilfskasse (Landesbank) zu Münster i. Westf. zu zahlen. Die Zinsen für die Zeit vom Tage der Auszahlung des Darlehns werden vorweg in Abzug gebracht.

Die Tilgungssätze werden so bemessen, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege die wirtschaftliche Entwickelung des Darlehnssuchers nicht gehemmt wird, die Tilgung aber später umso stärker einsetzt. Im übrigen richtet sich die Tilgung nach den Tilgungsfristen der vom Staat, Provinz oder von anderen Seiten zur Hilfskasse gegebenen Gelder.

Der Kreis Altena und die Gemeinden Halver und Schalksmühle haben beschlossen, bei Gewährung von Darlehn aus der Westfälischen Kriegshilfskasse die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Anträge auf Gewährung von Darlehn können im Amtshause Zimmer Nr. 12 gestellt werden.

Halver, den 12 November 1919.

Der Amtmann.

Oeffentliche Anmahnung der rückständigen öffentlichen Abgaben.

An die Zahlung aller rückständigen Steuern, sowie aller sonstigen rückständigen Abgaben an die Amtskasse Halver und an die Gemeindekassen Halver und Schalksmühle wird hierdurch erinnert.

Die Rückstände sind binnen 3 Tagen der Amtskasse Halver zuzuführen, widrigenfalls ohne weiteres Pfändung erfolgt. Bei allen Geldsendungen durch die Post, sowie bei sämtlichen Zahlungen und Ueberweisungen auf unser Postscheckkonto No. 3809 Postscheckamt Cöln ist die **Hebebuch No.** und die **Abgabenart** anzugeben.

Bei Einzahlungen auf unser Scheckkonto Nr. 35 bei der Amtssparkasse Halver ist ebenfalls unter Benennung der Hebebuch-Nr. und Abgabenart an uns Mitteilung zu machen.

Vom 24. bis 29. ds. Mts. ist die Kasse geschlossen

Halver, den 18. November 1919.

Amts- und Gemeindekassen-Verwaltung.
Pulvermacher, Rendant.

Amt Kierspe.

Verkauf amerikanischer Schweinefleischprodukte findet am **22. November** statt in den von den Verbrauchern selbst gewählten Metzgereien. Auf die Einheit entfallen **125 Gramm.** Preis pro Pfund Mk. 13,50. Die Speckmarken sind bis zum 21. Nov. abzugeben.

Kierspe, den 18. November 1919.

Der Amtmann.

Zwecks Besprechung über Errichtung von Preisprüfungsstellen usw., lade ich sämtliche Detaillisten des Amtes für **Samstag, den 22. Nov.,** abends 8 Uhr, zum Berliner Hof in Kierspe ein.

Kierspe, den 17. November 1919.

Der Amtmann.

Achtung! Achtung!

Auf zum Haus zur Fuhr!

Freitag, den 21. November 1919, abends 8 Uhr

Grosse öffentliche Volksversammlung.

Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Ludwig-Hagen spricht über das Thema:

„Die augenblickliche Lage".

Uneingeschränkte Diskussion.

Arbeiter, Bürger, Bauern, Frauen und Mädchen von Halver und Umgegend erscheint in Massen.

U. S. P. D., Ortsgruppe Halver.

Buchdruckerei Carl Voswinkel

Kierspe-Bahnhof

empfiehlt zur

Anfertigung sämtlicher Drucksachen

für Behörden, Vereine, Geschäfts- und Privat-Gebrauch

seine mit modernem Material eingerichtete und dem Geschmack der Neuzeit entsprechende

Werkstatt für merkantilen Buchdruck.

Fernsprecher Nr. 157 — Amt Meinerzhagen.

Albert Reich & Cie,

Lüdenscheid, Körnerstr. 10 und 10 a.

Herstellung sämtlicher **Werkzeuge, Führungs- und Massen-Schnitte, Schneid-, Zieh- und Druck-Werkzeuge für die gesamte Metallwarenfabrikation. Gießformen für Aluminium, Blei, Zinn und Zink für Sturz- und Heißguß. Anfertigung kleinerer Maschinen.**

Amtssparkasse-Halver.

Arbeitsgemeinschaft mit der Provinzial-Lebensversicherung

Anträge auf Versicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt nehmen wir im Kassenraum entgegen.

Der Sparkassen-Vorstand.

Amt Lüdenscheid.

Oeffentliche Mahnung.

Sämtliche rückständige Steuern des 3. Vierteljahres des laufenden Steuerjahres 1919 sind bis zum **23. ds. Mts.** hier zu entrichten. Bei Zahlung im bargeldlosem Verkehr (Bank, Sparkassen oder Postscheck-Ueberweisung) muß der Rückstand bis zum genannten Zeitpunkte zu unserer Verfügung stehen. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 24 cr. die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung der verbliebenen Rückstände.

Lüdenscheid, den 17. November 1919.

Amts- und Gemeindekassen-Verwaltung.
Schulte, Amtsrentmeister.

Geschäftsveränderung.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Kierspe und Umgebung** zur gefl. Mitteilung, daß ich das dem Herrn Pfeiffer gehörende

Friseur-Geschäft

käuflich erworben habe.

Durch prompte, saubere Bedienung werde ich stets bestrebt sein, meine Kundschaft zufriedenzustellen. Sämtliche Arten von Haararbeiten werden gut und zu zivilen Preisen angefertigt.

Hochachtend

Hermann Kunzke,
Kierspe-Dorf, Gasthof Alte.

Meiner geehrten Kundschaft für das bisherige Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtend

Arthur Pfeiffer.

Einladung.

Zwecks gemeinsamer Aussprache in **Gemeindewirtschaftsangelegenheiten** soll am **Freitag, den 21. Nov.,** abends 6 Uhr, im Saale des **Hotel Plate** eine

Versammlung des Bauernrats, sowie der Arbeiterschaft und der landwirtschaftlichen Vereine

stattfinden.

Landwirte und Arbeiter erscheint in Massen!

Der Einberufer: Pfeiffer, Kierspe.



Freiwillige Feuerwehr Halver.

Sonntag, den 23. Nov., nachmittags 6 Uhr

Haupt-Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung.

1. Bericht über den Verbandstag in Witten.
2. Neuwahl des Vorstandes und Kommandos.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung wird erster Tuchanzug befohlen.

Das Kommando.

Ein tüchtiger

Bügeleisen-Polierer

per sofort gesucht.

August Berghaus,
Fabrik-Gesch. Oberbrügge.

Tüchtiger

Spaten-Schleifer

für sofort gesucht.

Wilhelm Kattwinkel,
Brügge.

Stenotopistin

die auch mit **leichten Büroarbeiten vertraut ist,** zum **sofortigen** Eintritt gesucht.

Angebote unter **A. 2230** an die Geschäftsstelle des Allgem. Anz., Halver.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calbecarow, Hamburg 5.

Sämtliche Ausschüsse und Vertrauensmänner von Halver und Umgegend werden zu einer am **Donnerstag, den 20. ds. Mts.,** abends 7 Uhr im **Lokale Wilke, Ehringhausen** stattfindenden

Sitzung

eingeladen.

Vorstand der Vertrauensmänner des Deutsch. Met.-Arb.-Verb., Ortsgruppe Halver.

Für kleines Gütchen ohne Pferd ein

landwirtsch. Arbeiter

gesucht. Leichte Stelle.

Zu erfragen in der Geschst. des Allg. Anz, Halver.

Ein gebrauchter

Räucherapparat

zu kaufen gesucht.

Angebote unter **A. 2276** an die Geschäftsstelle des Allg. Anz, Halver.

Erhalte in Kürze wieder mehrere Waggon **bestes**

Roggenstroh

(Breitdrusch), welches ich preiswert abgebe. Bestellungen erbitte baldigst.

Aug. Benninghaus, Rönsahl
Fernsprecher 144.

Donnerstag, den 20. Nov., nachmittags 2—3 Uhr

Mütter-beratungsstunde

in Dahlerbrück.